

für den Regierungsbezirk Düsseldorf

193. Jahrgang

Ausgegeben in Düsseldorf, am 24. März 2011

Nummer 11

**B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung**

Allgemeine Innere Verwaltung

- 131 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes Gesamtschule Mittelkreis. S. 117
- 132 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Viersen und der Stadt Viersen zur Übertragung einer rettungsdienstlichen Teilaufgabe. S. 118

Wirtschaft und Verkehr

- 133 Planfeststellungsverfahren Flughafen Düsseldorf Vorfeldverlegung West – Öffentliche Bekanntmachung des Erörterungstermins. S. 119

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

- 134 Neufassung der Satzung der Deichschau Rindern. S. 120

- 135 Satzungsänderung des Deichverbandes Bislich-Landesgrenze. S. 129

- 136 Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94). S. 130

- 137 Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94). S. 130

**C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen
anderer Behörden und Dienststellen**

- 138 Verlust eines Dienstausweises (Raimund Dockter). S. 131

- 139 Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises (POK'in Sabine Lui). S. 131

- 140 Bekanntgabe über die Tagesordnung der 6. Sitzung der Verbandsversammlung des Regionalverband Ruhr. S. 131

**B.
Verordnungen,
Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung**

Allgemeine Innere Verwaltung

- 131 Zweite Satzung
zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes
Gesamtschule Mittelkreis**

Bezirksregierung
48.02.12.06.11

Düsseldorf, den 17. März 2011

Mit Schreiben vom 11.02.2011 hat der Zweckverband Gesamtschule Mittelkreis die zweite Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes Gesamtschule Mittelkreis vom 01.07.1997 in der Fassung der Änderung vom 01.08.2009 dem Landrat für den Kreis Kleve zur Genehmigung vorgelegt.

Gemäß § 20 Abs. 1 i. V. m. § 10 Abs. 1 des Gesetzes zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit (GKG) ist die Änderung der Satzung eines Zweckverbandes durch die Aufsichtsbehörde zu genehmigen.

Gemäß § 78 Abs. 8 SchulG NRW nimmt die Befugnisse der Aufsichtsbehörde die Schulaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Kommunalaufsichtsbehörde wahr. Der Landrat für den Kreis Kleve hat mir den Antrag des Zweckverbandes Gesamtschule Mittelkreis mit Schreiben vom 22.02.2011 zugeleitet und sein Einvernehmen erklärt.

Gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 GKG in Verbindung mit § 78 Abs. 8 SchulG NRW genehmige ich hiermit die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung des Zweckverbandes Gesamtschule Mittelkreis vom 09.02.2011.

Im Auftrag
Schoel

**Zweite Satzung zur Änderung der Satzung des
Zweckverbandes Gesamtschule Mittelkreis**

Artikel I

In § 7 Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „zweimal“ durch das Wort „einmal“ ersetzt.

Artikel II

Nach § 9 wird eingefügt:

**§ 9 a
Rechnungsprüfung**

(1) Entsprechend der Wahl des Vorstandsvorstehers gemäß § 8 Absatz 1 dieser Satzung und der damit verbundenen Zuordnung der Geschäftsführung zu der Verwaltung der Gemeinde, der er angehört, erfolgt gemäß § 103 Absatz 1 GO NW die Rechnungsprüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung der geschäftsführenden Kommune oder die örtliche Rechnungsprüfung des Kreises Kleve.

(2) Die Kostenerstattung für die Rechnungsprüfung erfolgt differenziert nach allgemeinen Prüfungsleistungen und Leistungen für Vergabeprüfungen entsprechend der gültigen Berechnungsgrundlagen für die Erstattung aller durch die geschäftsführende Kommune für den Zweckverband geleisteten Personal- und Sachaufwendungen.

Artikel III

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Abl. Reg. Ddf. 2011 S. 117

**132 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zwischen dem Kreis Viersen und der Stadt Viersen
zur Übertragung einer rettungsdienstlichen
Teilaufgabe**

Bezirksregierung
31.01.01.02/14

Düsseldorf, den 15. März 2011

**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die
Übertragung einer rettungsdienstlichen Teilaufgabe**

Gemäß § 6 Abs. 2 und 4 des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen (RettG NRW) vom 24. November 1992 (GV. NRW. S. 458) in der derzeit geltenden Fassung und §§ 1 und 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) vom 01.10.1979 (SVG. NRW. 202) in der derzeit geltenden Fassung wird zwischen

dem Kreis Viersen – vertreten durch den Landrat – nachfolgend „Kreis“ genannt,

und

der Stadt Viersen – vertreten durch den Bürgermeister – nachfolgend „Stadt“ genannt, folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

Präambel

Der Kreis betreibt eine zentrale Leitstelle i.S.d. §§ 7 Abs. 1 RettG NRW, von der alle Einsätze im Rettungsdienst im gesamten Kreisgebiet zentral gelenkt und koordiniert werden. Die nachfolgende Vereinbarung soll zu einer Verbesserung der Situation der Bevölkerung des Kreises Viersen und zur weiteren Wirtschaftlichkeit des Krankentransportes durch die Schaffung einer kreiseinheitlichen Gebühr für die Inanspruchnahme des Krankentransportes beitragen.

§ 1

Der Kreis ist gem. § 6 Abs. 1 RettG NRW Träger des Rettungsdienstes im Kreis.

Die Stadt ist gem. § 6 Abs. 2 RettG NRW Träger einer Rettungswache.

§ 2

Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Krankentransportes und zur Optimierung der verwaltungsmäßigen Abwicklung des Krankentransportverfahrens überträgt die Stadt die Gebührenerhebung einschließlich Gebührenhoheit aus dem Bereich Krankentransport auf den Kreis. Der Kreis wird ermächtigt, die zur Erfüllung der Aufgabe notwendigen satzungsmäßigen Regelungen zu treffen. Vor Erlass der Gebührensatzung und bei Änderungen wird die Stadt rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

§ 3

(1) Der Kreis erstattet der Stadt sämtliche Kosten des Krankentransportes.

(2) Auf die in Abs. 1 genannten Kosten zahlt der Kreis der Stadt jährlich im Voraus einen Abschlag, dessen Höhe sich an den voraussichtlichen Kosten des Krankentransportes errechnet.

(3) Die voraussichtlichen Kosten des Krankentransportes werden jährlich im Voraus von der Stadt nach der Systematik ihrer bisherigen Gebührenbedarfskalkulation ermittelt und dem Kreis zur Prüfung vorgelegt. Kosten sind dabei die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen für den Zeitraum eines Jahres (Kalkulationszeitraum) erwarteten Personal-, Sach- und Gemeinkosten sowie kalkulatorische Kosten.

(4) Die tatsächlich entstandenen Kosten des Krankentransportes und die nach Abs. 2 abschlägig gezahlten Beträge werden saldiert und erstattet.

§ 4

(1) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung tritt zum 01.01.2011 in Kraft und wird für die Dauer von 4 Jahren geschlossen. Sofern nicht ein Vertragspartner die Vereinbarung 1 Jahr vor Ablauf schriftlich kündigt, verlängert sich die Laufzeit automatisch um weitere 4 Jahre.

(2) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn der Kreistag den Rettungsdienstbedarfsplan ändert und gleichzeitig die Aufhebung der zentralen Zuständigkeit des Kreises für die Gebührenerhebung einschließlich der Gebührenhoheit aus dem Bereich des Krankentransportes beschließt.

(3) Mit Auslaufen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach Abs. 2 fällt die Gebührenerhebung einschließlich der Gebührenhoheit aus dem Bereich Krankentransport wieder an die Stadt zurück.

Im Falle einer Beendigung nach Abs. 2 fällt die Gebührenerhebung einschließlich der Gebührenhoheit aus dem Bereich Krankentransport frühestens 6 Monate nach der Beschlussfassung durch den Kreistag, nicht jedoch vor dem nächsten 01.01. des darauffolgenden Jahres wieder an die Stadt zurück.

Viersen, den 28. Januar 2011

Für den Kreis Viersen:

Ottmann	Budde
Landrat	Dezernent III

Viersen, den 2. Februar 2011

Für die Stadt Viersen:

Thönnessen	Corsten
Bürgermeister	Erster Beigeordneter u. Stadtkämmerer

Genehmigung

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Kreis Viersen und der Stadt Viersen vom 02.02.2011 zur Übertragung einer rettungsdienstlichen Teilaufgabe wird hiermit aufsichtsbehördlich genehmigt.

Rechtsgrundlage für die Genehmigung ist § 24 Abs. 2 in Verbindung mit § 29 Abs. 4 Satz 2 Ziffer 1. b) des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung

vom 01.10.1979 (GV. NRW. S. 621 / SGV. NRW. 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.10.2007 (GV. NRW. S. 380).

Entgegen der Formulierung in § 4 Abs. 1 Satz 1 der o.g. Vereinbarung wird diese gemäß § 24 Abs. 4 GkG am Tage nach der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf wirksam.

Im Auftrag
Zimmermann

Abl. Reg. Ddf. 2011 S. 118

Wirtschaft und Verkehr

133 Planfeststellungsverfahren Flughafen Düsseldorf Vorfeldverlegung West – Öffentliche Bekanntmachung des Erörterungstermins

Bezirksregierung
26.01.01.01-FH DUS.PFV

Düsseldorf, den 24. März 2011

Luftverkehr

Antrag der Flughafen Düsseldorf GmbH vom 11.08.2008 auf Feststellung des Plans für die Schaffung von Ersatzflächen im Vorfeld West gem. § 8 LuftVG

Hier: Öffentliche Bekanntmachung des Erörterungstermins

Zur Beratung und Verhandlung der im bisherigen Anhörungsverfahren erfolgten Stellungnahmen und Einwendungen und der sonst in Betracht kommenden Entscheidungsgrundlagen wird nun der **Erörterungstermin** durchgeführt.

Termin:

am **12. April 2011**, ab 10.00 Uhr (Registrierung ab 08.30 Uhr, Einlass in den Saal ab 09.30 Uhr) und im Bedarfsfall

am 13. und 14. April, jeweils ab 09.00 Uhr (Registrierung ab 07.30 Uhr, Einlass in den Saal ab 08:30 Uhr).

Die Erörterung kann, wenn kein weiterer Erörterungsbedarf besteht, auch vor Ablauf der genannten Zusatztermine abgeschlossen werden.

Kann die Erörterung am 14. April nicht abgeschlossen werden, so wird sie an den nachfolgenden Tagen fortgesetzt. Der Termin für die Weiterführung der Erörterung wird den Teilnehmern spätestens am 14. April mitgeteilt und auf der Internetseite der Bezirksregierung Düsseldorf (www.brd.nrw.de) zusammen mit den noch anstehenden Tagesordnungspunkten bekanntgegeben. Eine weitere besondere Bekanntmachung erfolgt nicht.

Ort:

CCD Congress Center Düsseldorf – Eingang CCD Stadthalle

ÖPNV: Bushaltestelle „CCD Stadthalle“ mit der Buslinie 722

Navigations-Adresse: Rotterdamer Straße 144, 40474 Düsseldorf

Parkplatz P 5 (550 Stellplätze, kostenpflichtig) ist nur 50 m vom Eingang CCD Stadthalle entfernt.

Alle Informationen können Sie im Internet auch unter <http://www.ccd.de/de/sub/700/8/anreise/8> finden.

Es ist die folgende Tagesordnung geplant, von der in begründeten Ausnahmefällen jedoch abgewichen werden kann:

1. Eröffnung
2. Vorstellung des beantragten Projekts
3. Rechts- und Verfahrensfragen
4. Bedarf und Alternativen des Vorhabens
5. Technische Planungen
6. Lärm
7. Schadstoffimmission
8. Geruchsbelastung
9. Lichtemission
10. Einwirkungen auf Schutzgebiete / Artenschutz
11. UVP
12. finanzielle und andere individuelle Auswirkungen
13. sonstiges

Der Termin dient der Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen mit den Beteiligten.

Es erfolgen keine gesonderten Einladungsschreiben zur Erörterung, da aufgrund der Anzahl der eingegangenen Einwendungen eine individuelle Benachrichtigung durch diese öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden konnte.

Die Teilnahme ist jedem, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, und jedem, der Einwendungen erhoben hat, freigestellt. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Dieser hat seine Bevollmächtigung durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen und diese zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Ausbleiben eines Beteiligten ohne ihn verhandelt werden kann, dass verspätete Einwendungen ausgeschlossen sind, und dass das Anhörungsverfahren mit Schluss der Verhandlung beendet ist.

Durch die Teilnahme am Erörterungstermin oder durch Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

Der Erörterungstermin ist **nicht öffentlich**. Zur Einlassberechtigung ist der Personalausweis mitzubringen.

Düsseldorf, den 24. März 2011

Im Auftrag
gez. Dlugosch

134 Neufassung der Satzung der Deichschau Rindern

Bezirksregierung
54.04.01.15

Düsseldorf, den 11. März 2011

Aufgrund des § 58 Abs. 2 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände vom 12. Februar 1991 (Wasserverbandsgesetz – WVG – BGBl. I S. 405) genehmige ich die vom Erbentag der Deichschau Rindern am 07.12.2010 beschlossene Neufassung der Satzung rückwirkend zum 01.01.2011 wie folgt:

Satzung

der Deichschau Rindern

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Name, Sitz und Rechtsform
- § 2 Aufgabe
- § 3 Unternehmen, Plan
- § 4 Mitglieder
- § 5 Verbandsgebiet – Abgrenzung
- § 6 Beschränkung des Grundeigentums und besondere Pflichten der Mitglieder
- § 7 Verbandsschau
- § 8 Organe
- § 9 Zusammensetzung und Wahl des Erbentages
- § 10 Wahl der Erbentagsmitglieder für den Deichverband Kleve-Landesgrenze
- § 11 Amtszeit des Erbentages der Deichschau
- § 12 Aufgaben des Erbentages
- § 13 Sitzung des Erbentages
- § 14 Beschließung im Erbentag
- § 15 Zusammensetzung des Deichstuhles
- § 16 Wahl des Deichstuhles
- § 17 Amtszeit des Deichstuhles
- § 18 Aufgaben des Deichstuhles
- § 19 Sitzungen des Deichstuhles
- § 20 Beschließen im Deichstuhl
- § 21 Geschäfte des Deichgräfen
- § 21 a Geschäftsführung
- § 22 Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder, Reisekosten
- § 23 Haushaltsplan
- § 24 Nachtragshaushaltsplan
- § 25 Verpflichtungsermächtigung
- § 26 Kredite
- § 27 Kassenkredite
- § 28 Rücklagen
- § 29 Jahresrechnung
- § 30 Rechnungsprüfung (Interne Prüfung)
- § 31 Prüfstelle für die Jahresrechnung
- § 32 Prüfung und Entlastung
- § 33 Beiträge
- § 34 Beitragsverhältnisse
- § 35 Beiträge für den Hochwasserschutz Deichverband Kleve-Landesgrenze

§ 36 Beiträge für den Bau, Betrieb und die Unterhaltung der Schöpfwerke Deichverband Kleve-Landesgrenze

§ 37 Beiträge für die Gewässerunterhaltung und Gewässerbaumaßnahmen der Deichschau Rindern

§ 37 a Beiträge für naturhaushaltliche Aufgaben Deichverband Kleve-Landesgrenze

§ 38 Ermittlung der Beitragsverhältnisse § 39 Hebung der Beiträge

§ 40 Fälligkeit der Beiträge

§ 41 Anordnungsbefugnis

§ 42 Zwangsvollstreckung

§ 43 Rechtsmittel

§ 44 Teilnahme an Sitzungen

§ 45 Bekanntmachungen

§ 46 Öffentliche Bekanntmachung

§ 47 Zustimmungspflichtige Geschäfte

§ 48 Übergangsvorschriften

§ 49 In-Kraft-Treten

§ 1

Name, Rechtsform, Sitz

(1) Die Deichschau führt den Namen ‚Deichschau Rindern‘. Sie hat ihren Sitz in Kleve, Kreis Kleve.

Sie ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991, BGBl. I S. 405.

(2) Die Deichschau dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen ihrer Mitglieder. Sie verwaltet sich im Rahmen der Gesetze selbst. Sie kann nach Maßgabe landesrechtlicher Vorschriften Beamte im Sinne des Beamtenrechtsrahmengesetzes haben.

(3) Die Deichschau ist ein Unterverband des Deichverbandes Kleve-Landesgrenze im Sinne von § 72 WVG.

§ 2

Aufgaben

(1) Die Deichschau hat zur Aufgabe:

1. Die Gewässer in ihrem Verbandsgebiet zu unterhalten, auszubauen und die Wasserführung auszugleichen.
2. Herrichtung, Erhaltung und Pflege von Flächen, Anlagen und Gewässern zum Schutze des Naturhaushaltes, des Bodens und für die Landschaftspflege.
3. Förderung der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft und Fortentwicklung von Gewässer-, Boden- und Naturschutz.

(2) Die Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft im Deichverband Kleve-Landesgrenze ergeben, bleiben unberührt.

§ 3

Unternehmen, Plan

(1) Die Deichschau stellt die zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Gewässer, Leitungen, Stau- und Messanlagen, Wege, Brücken und ähnliche Bauwerke her, unterhält und betreibt sie (Unternehmen).

(2) Das Unternehmen ergibt sich aus dem Verbandsplan. Dieser besteht aus:

- a) Erläuterungsbericht,
- b) Gewässerplan im Maßstab 1 : 10.000,
- c) Eigentümerverzeichnis der Mitglieder mit Flurkarten.

Der Verbandsplan liegt in der Geschäftsstelle der Deichschau zur Einsicht durch die Mitglieder aus.

§ 4

Mitglieder

(1) Mitglieder der Deichschau sind:

- a) Die jeweiligen Eigentümer von Grundstücken und Anlagen sowie jeweilige Erbbauberechtigte (dingliche Mitglieder) und
- b) die Eigentümer von Grundstücken und Anlagen sowie Erbbauberechtigte, die die Unterhaltung der von der Deichschau zu unterhaltenden Gewässer über die bloße Beteiligung am natürlichen Abflussvorgang hinaus erschweren (Erschwerer).

(2) Das Verzeichnis der Mitglieder wird von der Deichschau aufgestellt und auf dem Laufenden gehalten.

§ 5

Verbandsgebiet, Abgrenzung

(1) Das Verbandsgebiet der Deichschau Rindern umfasst:

- Gemarkung Donsbrüggen, Flur 1 ganz, 2 tlw., 3 tlw., wobei Beiblatt 2 von Flur 3 ganz,
- Gemarkung Kleve, Flur 22 tlw., 23 tlw., 27 tlw., 38 tlw., 39 tlw., 40 tlw., 41 ganz, 42 ganz, 43 tlw., 44 tlw.,
- Gemarkung Materborn, Flur 5 tlw.,
- Gemarkung Rindern ganz,
- Gemarkung Wardhausen ganz, außer Flur 1 alle Parzellen östlich der linken Böschungsoberkante des Spoykanals liegenden Flurstücke 28, 84, 86, 88, 113, 114, 115, 125, 151, 152 und teilweise 203, außer der mit Damm bezeichneten Flächen.

(2) Weitere Einzelheiten sind der als Anlage beigefügten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25.000 zu entnehmen, der Bestandteil der Satzung ist.

Das Verbandsgebiet ist im übrigen aus dem Verbandsplan im Maßstab 1 : 5.000 zu ersehen.

Der Übersichtsplan, der Verbandsplan und die Flurkarten liegen in der Geschäftsstelle der Deichschau zur Einsichtnahme aus.

(3) Das Verbandsgebiet gliedert sich in den Hochwasserschutzbereich und in das seitliche Einzugsgebiet.

Die Zuordnung ergibt sich aus den Karten zur parzellenscharfen Abgrenzung sowie dem Kataster, welches in der Geschäftsstelle der Deichschau zur Einsichtnahme aus liegt.

§ 6

Beschränkung des Grundeigentums und Pflichten der Mitglieder

(1) Mitglieder und die Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Verbandsgebiet haben besondere Pflichten.

- Deiche dürfen nur so bewirtschaftet und genutzt werden, dass die Funktion des Deiches nicht beeinträchtigt ist,

- Zäune, die quer über den Deich laufen, müssen auf der Deichkrone einen Fußgängerdurchgang oder Fußgängerübergang besitzen, an dem nur glatter Draht verwendet werden darf,

- Der Banndeich ist nach Aufforderung des Verbandsdeichgräfen des Deichverbandes Kleve-Landesgrenze und nach vorangegangener Anhörung des Deichstuhls des Deichverbandes Kleve-Landesgrenze bei Hochwasser und anhaltend ungünstiger Witterung, die zu Schäden am Deichen führen wird, nicht zu beweiden.

(2) Deichanlieger haben den Dienstkräften und sonstigen Beauftragten des Deichverbandes Kleve-Landesgrenze sowie der Deichschau den Zugang zum Deich, zu Grundstücken und Anlagen der Mitglieder mit Maschinen und Fahrzeugen zur Wahrnehmung der Dienstgeschäfte zu gestatten. Sie haben ferner das vorübergehende Lagern von Erdreich und das Abstellen von Gerätschaften zu dulden. Die Maßnahmen sind vorher anzukündigen. Bei Gefahr im Verzug kann die Ankündigung unterbleiben.

(3) Die Deichschau ist berechtigt, auf den Grundstücken im Verbandsgebiet das Verbandsunternehmen auszuführen. Die Mitglieder sind verpflichtet, ihre Grundstücke für das Verbandsunternehmen zur Verfügung zu stellen.

Entstehen durch die Benutzung von Grundstücken dem Betroffenen unmittelbare Vermögensnachteile, kann er einen Ausgleich verlangen.

(4) Ufergrundstücke der Gewässer dürfen nicht bewirtschaftet und genutzt werden, dass die Unterhaltung der Gewässer nicht erschwert wird.

(5) Besitzer der als Weide genutzten Grundstücke, die an ein von der Deichschau zu unterhaltendes Gewässer oder seine Schutz- und Begleitstreifen angrenzen, sind verpflichtet, diese einzuzäunen und die Zäune ordnungsgemäß zu unterhalten. Die Zäune müssen den im Landeswassergesetz vorgeschriebenen Mindestabstand von der Böschungsoberkante bzw. den Schutz- und Begleitstreifen einhalten, mindestens jedoch einen Abstand von 0,80 m.

(6) Äcker müssen im Bereich von 0,80 m von der Böschungsoberkante der Gewässer unbeackert bleiben. Einfriedungen sind hier nicht zulässig.

(7) Querzäune an Gewässern sind mit Einrichtungen zu versehen, die eine ungehinderte Durchfahrt für Räumgeräte ermöglichen.

(8) Die Errichtung von Anlagen in und an Gewässern (Gebäude mit Nebenanlagen, Überwege, Einfriedungen, Mieten und Anpflanzungen) im Bereich von 5,0 m am Gewässer (Schutzraum) bedarf der Zustimmung der Deichschau.

Überfahrten über Gewässer für Hausgrundstücke und Hofstellen müssen 8 m lang sein, der Rohrquerschnitt beträgt mindestens 0,60 m.

(9) Die Gewässeranlieger haben zu dulden, dass die Deichschau das Ufer bepflanzt, soweit es für die Unterhaltung erforderlich ist.

(10) Das Einbringen von chemischen Mitteln, Dünger und Schmutzwasser in die Gewässer ist verboten. Die Anlieger haben bei der Nutzung der Ufergrundstücke dafür Sorge zu tragen, dass die dem Uferschutz dienenden Sträucher und Pflanzen in ihrem Bestand nicht gefährdet werden.

(11) Die Gewässeranlieger haben das Ablagern des Schneidgutes und des Aushubes auf ihren Grund-

stücken zu dulden. Jedes Mitglied ist der Deichschau zum Wegräumen des bei den Unterhaltungsarbeiten auf sein Grundstück gebrachten Schneidgutes und des Grabenaushubes aus den Gewässern verpflichtet. Mitglieder, die der Verpflichtung nicht nachkommen, haben der Deichschau die für die Beseitigung anfallenden Kosten zu erstatten.

Das Wegräumen muss unverzüglich nach Abschluss der Arbeiten, spätestens jedoch bis zum 15. November eines jeden Jahres erfolgen. Der Deichstuhl kann Abweichungen von dieser Regelung und Ergänzungen anordnen und zulassen.

(12) Mitglieder, die Wasser in Anlagen der Deichschau einleiten, haben diese rechtzeitig vorher zu unterrichten, wenn sie die Einleitung nach Art oder Menge so verändern, dass die Verbandsanlagen in ihrer Wirksamkeit geschädigt oder sonst wie beeinträchtigt werden könnten. Das Erfordernis weitere behördlicher Genehmigungen bleibt unberührt.

§ 7

Verbandsschau

(1) Die Verbandsanlagen sind in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten. Zur Kontrolle sind sie regelmäßig zu schauen. Bei der Schau ist der Zustand der Anlagen festzustellen, insbesondere ob sie ordnungsgemäß unterhalten und nicht unbefugt benutzt werden.

(2) Der Deichgräf leitet die Verbandsschau.

(3) Zwei Schaubeauftragte sind durch den Erbentag zu wählen. Die Amtszeit entspricht der Amtszeit des Deichstuhles (§ 17).

(4) Der Deichgräf macht Zeit und Ort der Schau rechtzeitig bekannt und lädt die Schaubeauftragten, die Aufsichtsbehörde, den Kreis Kleve als Untere Wasserbehörde und die Landwirtschaftskammer NRW rechtzeitig zur Verbandsschau ein. Deichschaumitglieder sind berechtigt, an der Schau teilzunehmen.

(5) Der Deichgräf zeichnet den Verlauf und das Ergebnis der Schau schriftlich auf und lässt die Niederschrift von den Schaubeauftragten unterschreiben.

§ 8

Organe

Die Deichschau hat einen Deichstuhl (Vorstand) und einen Erbentag (Ausschuss).

§ 9

Zusammensetzung und Wahl des Erbentages

(1) Der Erbentag besteht aus acht Mitgliedern.

(2) Der Deichgräf lädt die wahlberechtigten Deichschaumitglieder durch Bekanntmachung nach Satzung (§ 45) mit mindestens einwöchiger Frist zur Erbentagswahl.

(3) Jedes Deichschaumitglied, das an die Deichschau Beiträge zahlt, hat das Recht, selbst oder durch einen Vertreter mit zu wählen. Jedes Mitglied kann nur ein weiteres Mitglied vertreten. ein Vertreter kann nur ein Mitglied vertreten. Der Deichgräf kann vom Vertreter eine schriftliche Vollmacht fordern.

(4) Die Erbentagsmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten ein Sitzungsgeld.

(5) Wählbar sind die Deichschaumitglieder gemäß § 4 der Satzung.

(6) Der Deichgräf leitet die Wahl. Die zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten sollen vor der Wahl

erklären, ob sie im Falle ihrer Wahl bereit sind, das Amt anzunehmen. Jedes Erbentagsmitglied ist in besonderer Wahlhandlung dadurch zu wählen, dass die Mitglieder dem Deichgräfen zur schriftlichen Aufzeichnung erklären, wem sie ihre Stimme geben. Die Wahl durch Zuruf ist zulässig, wenn nicht widersprochen wird, und wenn das sofort verkündete Wahlergebnis von Niemandem sofort in Zweifel gezogen wird. Gewählt ist, wer die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhält.

(7) Wenn im ersten Wahlgang niemand so viele Stimmen erhält, wird zwischen den beiden, die die meisten Stimmen erhalten haben, oder bei Stimmengleichheit mehrerer Personen zwischen diesen erneut gewählt. Im zweiten Wahlgang ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom Deichgräf zu ziehende Los.

(8) Über die Wahl ist eine schriftliche Aufzeichnung zu fertigen, die vom Deichgräfen, dem Schriftführer und einem Teilnehmer zu unterschreiben ist.

(9) Deichstuhlmitglieder können nicht zugleich Erbentagsmitglieder sein.

§ 10

Wahl der Erbentagsmitglieder für den Deichverband Kleve-Landesgrenze

(1) Die Mitgliederversammlung wählt fünf Erbentagsmitglieder und zwei listenmäßige, stellvertretende Erbentagsmitglieder für den Erbentag des Deichverbandes Kleve-Landesgrenze.

(2) Für die Wahl gelten die Vorschriften des § 9.

(3) Deichstuhlmitglieder des Deichverbandes Kleve-Landesgrenze sind nicht wählbar.

§ 11

Amtszeit des Erbentages der Deichschau

(1) Der Erbentag wird für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Das Amt endet am 31.03. Das Amt des bisherigen Erbentages endet am 31.03.2012 (siehe § 48 / Übergangsvorschriften).

(2) Die durch Ablauf der Amtszeit ausscheidenden Mitglieder bleiben bis zur Wahl der neuen Mitglieder im Amt.

(3) Wenn ein Erbentagsmitglied vor dem Ablauf der Amtszeit ausscheidet, kann für den Rest der Amtszeit nach § 9 Ersatz gewählt werden.

§ 12

Aufgaben des Erbentages

Der Erbentag hat folgende Aufgaben:

1. Wahl und Abberufung der Deichstuhlmitglieder.
2. Beschlussfassung über die Satzung, die Veranlagungsregeln, das Unternehmen, den Plan oder die Aufgaben sowie über die Grundsätze der Geschäftspolitik und deren Änderungen.
3. Beschlussfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes.
4. Festsetzung des Haushaltsplanes sowie von Nachtragshaushaltsplänen.
5. Einspruch über eine Zwangsfestsetzung des Haushaltsplanes.
6. Entlastung des Deichstuhles.
7. Festsetzung von allgemeinen Grundsätzen für Dienst- und Anstellungsverhältnisse (Stellen-

plan), von Vergütungen, Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder.

8. Beschlussfassung über Rechtsgeschäfte zwischen Deichstuhlmitgliedern und dem Verband.
9. Veräußerung von Vermögen.
10. Wahl von zwei Rechnungsprüfern.
11. Wahl der Schaubeauftragten.

§ 13 Sitzung des Erbentages

(1) Der Deichgräf lädt die Erbentagsmitglieder nach Bedarf, mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen ein und teilt die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen kann auf die Einhaltung der Frist verzichtet werden, dies ist in der Ladung auszusprechen und zu begründen. Der Deichgräf lädt ferner die Deichstuhlmitglieder ein. Sie haben kein Stimmrecht. Der Deichgräf hat den Erbentag auch einzuberufen

- a) auf schriftliches Verlangen der Mehrheit des Deichstuhles,
- b) auf Antrag von drei Mitgliedern des Erbentages. Der Antrag muss dem Deichgräfen schriftlich eingereicht werden und den Beratungsgegenstand angeben.

(2) Der Zeitpunkt der Erbentagsitzung, die den Haushaltsplan festlegen soll, ist mit der Aufsichtsbehörde abzustimmen.

(3) Der Deichgräf ist Vorsitzender des Erbentages und leitet die Sitzung. Er hat kein Stimmrecht.

(4) Die Sitzungen des Erbentages sind nicht öffentlich. Der Erbentag kann die Öffentlichkeit seiner Sitzungen im Einzelfall beschließen oder Dritte zur Beratung hinzuziehen.

§ 14 Beschließen im Erbentag

(1) Der Erbentag bildet seinen Willen mit der Mehrheit der Stimmen seiner anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.

(2) Der Erbentag ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde.

(3) Die Beschlüsse sind in einer Niederschrift festzuhalten, die vom Deichgräfen, einem Erbentagsmitglied und dem Schriftführer zu unterschreiben ist. Ein Abdruck der Niederschrift ist allen Erbentags- und Deichstuhlmitgliedern zu übersenden.

(4) Über Beratungsgegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, kann nur mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Stimmen und in dringenden Fällen beschlossen werden. Beschlüsse, die die Satzung betreffen, bedürfen der Mehrheit der Erbentagsmitglieder.

§ 15 Zusammensetzung des Deichstuhles

(1) Der Deichstuhl besteht aus fünf Mitgliedern, dem Deichgräfen, dem stellvertretenden Deichgräfen, drei weiteren Mitgliedern (Heimräte).

(2) Die Deichstuhlmitglieder sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten ein Sitzungsgeld und eine Aufwandsentschädigung.

§ 16

Wahl des Deichstuhles

(1) Der Erbentag wählt:

- den Deichgräfen,
- dessen Stellvertreter,
- sowie drei weitere Mitglieder (Heimräte) und – einen stellvertretenden Heimrat.

(2) Die Wahl der Deichstuhlmitglieder erfolgt mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder des Erbentages. Erreicht der vorgeschlagene Kandidat keine Stimmenmehrheit, wird ein anderer Kandidat vorgeschlagen. Erreicht auch dieser keine Stimmenmehrheit, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt.

(3) Das Ergebnis der Wahl ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

§ 17 Amtzeit des Deichstuhles

(1) Der Deichstuhl wird für die Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Das Amt endet am 31.03.. Das Amt des bisherigen Deichstuhles endet am 31.03.2012 (siehe § 48 / Übergangsvorschriften).

(2) Die durch Ablauf der Amtszeit ausscheidenden Mitglieder bleiben bis zu Wahl der neuen Deichstuhlmitglieder im Amt.

(3) Wenn ein Deichstuhlmitglied vor dem Ablauf der Amtszeit ausscheidet, so ist für den Rest der Amtszeit nach § 16 Ersatz zu wählen

§ 18 Aufgaben des Deichstuhles

(1) Dem Deichstuhl obliegen alle Geschäfte, zu denen nicht durch Gesetz oder Satzung der Erbentag berufen ist. Er beschließt über

- die Aufstellung der Entwürfe des Haushaltsplanes und seiner Nachträge,
- Vorschläge für die Änderung der Satzung,
- die Aufnahme von Darlehen und Kassenkrediten,
- die Aufstellung der Jahresrechnung,
- die Einstellung und Entlassung der Dienstkräfte,
- die Entscheidung im Rechtsmittelverfahren,
- Grunderwerb, Auftragserteilungen und andere Rechtsgeschäfte, durch die der Verband verpflichtet wird und deren Wert den Betrag von 2.500,00 Euro überschreitet.

(2) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, entscheiden der Deichgräf und ein Deichstuhlmitglied auch über Geschäfte mit einem Wert von mehr als 2.500,00 Euro. Die Entscheidungen sind dem Deichstuhl in der nächsten Sitzung vorzulegen. Der Deichstuhl kann die Entscheidung aufheben, soweit nicht schon Rechte Dritter entstanden sind.

§ 19 Sitzungen des Deichstuhles

(1) Der Deichgräf lädt die Deichstuhlmitglieder mit mindestens einwöchiger Frist zu den Sitzungen ein und teilt dabei die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen kann auf die Einhaltung der Frist verzichtet werden; dies ist in der Ladung auszusprechen und zu begründen.

(2) Der Deichgräf muss den Deichstuhl einberufen, wenn die Hälfte der Deichstuhlmitglieder dies schriftlich unter Angabe des Grundes beantragt.

(3) Die Deichstuhlsitzungen sind nicht öffentlich. Der Deichstuhl kann die Öffentlichkeit seiner Sitzungen im Einzelfall beschließen oder Dritte zur Beratung hinzuziehen.

§ 20 Beschließen im Deichstuhl

(1) Der Deichstuhl bildet seinen Willen mit der Mehrheit der Stimmen seiner anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(2) Der Deichstuhl ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde.

(3) Ohne Rücksicht auf Form und Frist ist er beschlussfähig, wenn alle Deichstuhlmitglieder zustimmen.

(4) Die Beschlüsse sind aufzuzeichnen; die Niederschrift ist vom Deichgräfen, einem weiteren Deichstuhlmitglied und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

(5) Im Falle besonderer Dringlichkeit kann der Deichgräf oder sein Vertreter einen Beschluss auf schriftlichem Wege herbeiführen (Eilentscheidung). Ein auf schriftlichem Wege erzielter Beschluss ist gültig, wenn er von der Mehrheit der Deichstuhlmitglieder gefasst worden ist. Eilentscheidungen sind dem Deichstuhl in der nächsten Sitzung bekanntzugeben.

§ 21 Geschäfte des Deichgräfen

(1) Dem Deichgräfen obliegen alle Geschäfte der Deichschau, zu denen weder der Erbentag, noch der Deichstuhl berufen sind.

(2) Der Deichgräf führt den Vorsitz im Deichstuhl und leitet den Erbentag.

(3) Der Deichgräf ist Dienstvorgesetzter der Beschäftigten der Deichschau.

§ 21 a Geschäftsführung

Die Deichschau kann einen Geschäftsführer/Rechner und weitere Dienstkräfte einstellen oder einen Dritten mit der Geschäftsführung beauftragen.

§ 22 Aufwandsentschädigungen,

Sitzungsgelder, Reisekosten

(1) Der Deichgräf und sein Stellvertreter erhalten eine Aufwandsentschädigung, über deren Art und Höhe der Erbentag beschließt.

(2) Die Heimräte und die Erbentagsmitglieder erhalten bei Wahrnehmung ihres Amtes Sitzungsgeld. Die Höhe des Sitzungsgeldes beschließt der Erbentag.

(3) Auf Sitzungsgeld kann verzichtet werden.

§ 23 Haushaltsplan

(1) Der Deichstuhl stellt für jedes Rechnungsjahr den Haushaltsplan so rechtzeitig auf, dass der Erbentag den Haushaltsplan vor dem Beginn des Rechnungsjahres festsetzen kann.

(2) Der Haushaltsplan enthält alle Einnahmen und Ausgaben der Deichschau im kommenden Rechnungsjahr. Er ist die Grundlage für die Verwaltung aller Einnahmen und Ausgaben.

(3) Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

(4) Sämtliche Einnahmen der Deichschau dürfen, soweit sie keine andere Zweckbestimmung haben, nur verwandt werden, um die Ausgaben zu bestreiten und die Verbindlichkeiten abzudecken.

(5) Der Haushaltsplan ist der Aufsichtsbehörde vor Beginn des Haushaltsjahres vorzulegen.

§ 24 Nachtragshaushaltsplan

(1) Der Deichstuhl stellt bei Bedarf Nachträge zum Haushaltsplan auf, die spätestens zum Ablauf des Haushaltsjahres vom Erbentag festzusetzen sind.

(2) Ein Nachtragshaushaltsplan ist unverzüglich festzusetzen:

1. wenn sich zeigt, dass trotz Ausnützung jeder Sparmöglichkeit ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung des Haushaltsplanes erreicht werden kann.

2. wenn erhebliche überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben bei einzelnen Haushaltsstellen geleistet werden müssen und dies nicht durch Einsparungen bei anderen Haushaltsstellen oder durch Mehreinnahmen gedeckt werden können.

§ 25 Verpflichtungsermächtigungen

(1) Verpflichtungen zur Leistung von Investitionsausgaben in künftigen Jahren dürfen nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan hierzu ermächtigt.

(2) Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen in der Regel zu Lasten der dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahre veranschlagt werden, in Ausnahmefällen bis zum Abschluss einer Maßnahme; sie sind nur zulässig, wenn die Finanzierung der aus ihrer Inanspruchnahme entstehenden Ausgaben in den künftigen Haushalten gesichert erscheint.

(3) Die Verpflichtungsermächtigungen gelten bis zum Ende des Haushaltsjahres und, wenn der Haushaltsplan für das folgende Haushaltsjahr nicht rechtzeitig festgesetzt wird, bis zur Festsetzung dieses Haushaltsplanes.

§ 26 Kredite

Die Deichschau darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzumutbar wäre. Kredite dürfen nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen werden.

§ 27 Kassenkredite

Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Ausgaben des Verwaltungshaushaltes kann die Deichschau Kassenkredite bis zu dem von der Aufsichtsbehörde genehmigten und im Haushaltsplan festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit für die Kasse keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.

Der Kassenkredit ist aus ordentlichen Einnahmen des laufenden Haushaltsplanes oder sonst spätestens nach neuen Monaten zurückzuzahlen.

§ 28 Rücklagen

(1) Die Deichschau hat zur Sicherung der Haushaltswirtschaft Rücklagen zu bilden.

(2) Durch die Rücklagen soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben gesichert und Mittel zur Deckung des Ausgabenbedarfs im Vermögenshaushalt künftiger Jahre sowie Mittel zur Ersatzbeschaffung der Maschinen und Geräte angesammelt werden.

(3) Die Mittel der Rücklagen sollen, soweit sie nicht als Betriebsmittel der Kasse benötigt werden, sicher und ertragsbringend angelegt werden. Sie müssen für ihren Zweck rechtzeitig verfügbar sein.

§ 29

Jahresrechnung

(1) Die Jahresrechnung umfasst den kassenmäßigen Abschluss und die Haushaltsrechnung.

(2) Der Jahresrechnung sind eine Vermögensübersicht und eine Übersicht über die Schulden und die Rücklagen zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres beizufügen.

§ 30

Rechnungsprüfung (Interne Prüfung)

(1) Der Erbentag wählt aus seinen Mitgliedern zwei Rechnungsprüfer.

(2) Die Rechnungsprüfer werden jährlich neu gewählt.

(3) Die Rechnungsprüfer haben folgende Aufgabe: Interne Prüfung der Jahresrechnung vor Zuleitung an die Prüfstelle.

§ 31

Prüfstelle für die Jahresrechnung

Prüfstelle für die Jahresrechnung ist das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Kleve.

§ 32

Prüfung und Entlastung

(1) Die Jahresrechnung ist vom Deichstuhl innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen und mit allen Unterlagen der Prüfstelle zuzuleiten.

(2) Die Prüfung erstreckt sich darauf, ob

1. nach der Rechnung der Haushaltsplan befolgt ist,
2. die einzelnen Einnahme- und Ausgabebeträge der Rechnung ordnungsgemäß, insbesondere durch Belege, nachgewiesen sind.
3. die Rechnungsbeträge mit dem WVG, der Satzung und den anderen Vorschriften im Einklang stehen.

(3) Die Prüfstelle gibt den Prüfbericht an den Deichgräfen und an die Aufsichtsbehörde.

(4) Der Deichgräf legt die Jahresrechnung und den Prüfbericht dem Erbentag vor. Dieser beschließt über die Entlastung des Deichstuhles.

§ 33

Beiträge

(1) Die Mitglieder haben der Deichschau die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind.

(2) Die von den Mitgliedern zu erhebenden Beiträge sollen die durch sonstige Einnahmen der Deichschau (z.B. Finanzierungshilfen, Zuschüsse, Mieten, Pachten, Kostenerstattungen, Zinseinnah-

men usw.) nicht gedeckten Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ausgleichen (Beitragsbedarf).

(3) Verbandsbeiträge sind öffentliche Lasten.

(4) Verbandsbeiträge sind Bar- und Sachleistungen.

(5) Die Deichschau Rindern als Unterverband des Deichverbandes Kleve-Landesgrenze (Oberverband) zahlt Beiträge an diesen zur Finanzierung seiner Aufgaben. Die Deichschau verteilt und erhebt diese Beiträge zusätzlich von ihren Mitgliedern nach eigenem Recht.

(6) Die Einzelheiten der Erhebung der eigenen Beiträge und der des Deichverbandes werden in den vom Erbentag zu beschließenden Veranlagungsregeln festgelegt.

Die Veranlagungsregeln liegen in der Geschäftsstelle der Deichschau aus.

§ 34

Beitragsverhältnis

(1) Die Beitragslast verteilt sich auf die beitragspflichtigen Mitglieder im Verhältnis der Vorteile, die ihre dinglichen Mitglieder von der Durchführung der Aufgaben der Deichschau haben und der Lasten, die die Deichschau auf sich nimmt, um ihren schädigenden Einwirkungen zu begegnen oder um ihnen Leistungen abzunehmen. Vorteile sind auch die Erleichterung einer Pflicht des dinglichen Mitglieds und die Möglichkeit, Maßnahmen der Deichschau zweckmäßig und wirtschaftlich auszunutzen.

(2) Maßstäbe für die Beitragsverteilung sind danach:

I. Für den Oberverband Deichverband Kleve-Landesgrenze

- a) für den Hochwasserschutz die ungekürzten Grundsteuermessbeträge und Ersatzwerte im Hochwasserschutzbereich,
- b) für den Bau, Betrieb und die Unterhaltung der Schöpfwerke, die Fläche und die Nutzungsart im Verbandsgebiet,
- c) für naturhaushaltliche Aufgaben die ungekürzten Grundsteuermessbeträge und Ersatzwerte im Verbandsgebiet;

II. Für die Deichschau Rindern für die Gewässerunterhaltung sowie Gewässerbaumaßnahmen der Flächenmaßstab, die bauliche Nutzung und der Abfluss aus Einleitungen der zur Deichschau gehörenden Grundstücke.

(3) Zu dem zu verteilenden beitragspflichtigen Aufwand werden die auf die unter I a, b sowie c und II aufgeführten Ausgaben entfallenden Verwaltungskosten in Form eines Grundbeitrages je Beitragsart und Beitragsbescheid erhoben.

(4) Die Einzelheiten werden in den vom Erbentag zu beschließenden Veranlagungsregeln festgelegt. Sie sind nicht Bestandteil der Satzung. Sie liegen in der Geschäftsstelle der Deichschau aus.

§ 35

Beiträge für den Hochwasserschutz Deichverband Kleve-Landesgrenze

(1) Beitragsmaßstab ist die Summe der ungekürzten Grundsteuermessbeträge der Grundstücke, Gebäude und Anlagen, die die Mitgliedschaft im Hochwasserschutzbereich begründen. Die Beitragslast verteilt sich im Verhältnis der ungekürz-

ten Grundsteuermessbeträge der Verbandsgrundstücke, Gebäude und Anlagen.

(2) Für Grundstücke, Gebäude und Anlagen, für die kein Grundsteuermessbetrag festgesetzt worden ist, werden Ersatzwerte ermittelt und vom Erbentag des Oberverbandes Deichverband Kleve-Landesgrenze festgesetzt.

(3) Näheres regeln die vom Erbentag zu beschließenden Veranlagungsregeln.

§ 36

Beiträge für den Bau, Betrieb und die Unterhaltung der Schöpfwerke Deichverband Kleve-Landesgrenze

(1) Die Beitragslast verteilt sich im Verhältnis der Flächeninhalte der zur Deichschau gehörenden Grundstücke. Die Flächen im seitlichen Einzugsgebiet sind dabei geringer zu bewerten als die Flächen im Hochwasserschutzbereich. Die land- und forstwirtschaftlichen Flächen werden mit dem Faktor 1 belegt. Für die bebauten Flächen (Wohn- und gewerbliche Flächen) werden entsprechend ihrer Nutzung Flächengrößen festgesetzt und mit einem Faktor belegt, der das Verhältnis zu der unbebauten Grundstücksfläche (Faktor 1) festsetzt. Die Flächengrößen und den Faktor setzt der Erbentag mit den Veranlagungsregeln fest.

(2) Einleitungen, die über den natürlichen Abfluss hinausgehen und die Kosten erhöhen, werden zusätzlich veranlagt.

(3) Näheres regeln die vom Erbentag zu beschließenden Veranlagungsregeln.

§ 37

Beiträge für Gewässerunterhaltung und Gewässerbaumaßnahmen der Deichschau Rindern

(1) Die Beitragslast verteilt sich im Verhältnis der Flächeninhalte der zur Deichschau gehörenden Grundstücke. Die land- und forstwirtschaftlichen Flächen werden mit dem Faktor 1 belegt. Für die bebauten Flächen (Wohn- und gewerbliche Flächen) werden entsprechend ihrer Nutzung Flächengrößen festgesetzt und mit einem Faktor belegt, der das Verhältnis zu der unbebauten Grundstücksfläche (Faktor 1) festsetzt. Die Flächengrößen und den Faktor setzt der Erbentag mit den Veranlagungsregeln fest.

(2) Erschwert ein Mitglied die Gewässerunterhaltung oder Gewässerbaumaßnahmen, erfolgt eine zusätzliche Veranlagung.

(3) Erschwernisbeiträge werden erhoben von der zeitlich begrenzten Einleitung von Sumpfungswässern in die oberirdischen Gewässer der Deichschau.

(4) Näheres regeln die vom Erbentag festzusetzenden Veranlagungsregeln.

§ 37 a

Beiträge für naturhaushaltliche Aufgaben Deichverband Kleve-Landesgrenze

(1) Beitragsmaßstab ist die Summe der ungekürzten Grundsteuermessbeträge der Grundstücke, Gebäude und Anlagen, die die Mitgliedschaft im Verbandsgebiet begründen. Die Beitragslast verteilt sich im Verhältnis der ungekürzten Grundsteuermessbeträge der Grundstücke, Gebäude und Anlagen.

(2) Für Grundstücke, Gebäude und Anlagen, für die kein Grundsteuermessbetrag festgesetzt worden ist, werden Ersatzwerte ermittelt und vom Erbentag des Oberverbandes Deichverband Kleve-Landesgrenze festgesetzt.

(3) Näheres regeln die vom Erbentag zu beschließenden Veranlagungsregeln.

§ 38

Ermittlung der Beitragsverhältnisse

(1) Die Mitglieder der Deichschau sind verpflichtet, der Deichschau alle für die Veranlagung erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß und rechtzeitig zu machen und die Deichschau bei örtlich notwendigen Feststellungen zu unterstützen. Insbesondere Veränderungen in den Veranlagungsgrundlagen sind der Deichschau unverzüglich mitzuteilen. Die Deichschau ist berechtigt, erst vom Zeitpunkt der Kenntnisnahme an die entsprechenden Änderungen bei der Beitragsveranlagung vorzunehmen. Beitragsrückzahlungen wegen verspäteter Angaben der Mitglieder zur Beitragsgrundlage sind ausgeschlossen.

(2) Die Deichschau ist berechtigt, Auszüge aus dem Liegenschaftskataster beim Katasteramt des Kreises Kleve und Auflistungen aller bewerteten Grundstücke – Sachgebiet Grundbesitzabgaben – des Kommunalen Rechenzentrums in Moers für die Grundstücke der Mitglieder einzuholen.

(3) Unbeschadet dessen wird, der Beitrag eines Mitgliedes nach pflichtgemäßem Ermessen durch den Vorstand geschätzt, wenn

- a) das Mitglied die Bestimmung des Abs. 1 verletzt hat,
- b) es der Deichschau ohne eigenes Verschulden nicht möglich ist, den Beitrag des Mitgliedes zu ermitteln.

§ 39

Hebung der Beiträge

(1) Die Deichschau hebt die Beiträge aufgrund der in dieser Satzung und den Veranlagungsregeln festgelegten Beitragsverhältnisse durch Beitragsbescheid.

(2) Im Beitragsbescheid sind die Zahlstelle und die Zahlungsfristen anzugeben. Der Beitragsbescheid ist mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen. Rechtsmittel halten die Hebung nicht auf.

(3) Wer seinen Beitrag nicht rechtzeitig leistet, hat einen Säumniszuschlag, Mahngebühren und Portokosten zu zahlen. Diese werden wie Beiträge behandelt und sind nach Friststellung zu zahlen.

(4) Näheres regeln die Veranlagungsregeln.

§ 40

Fälligkeit der Beiträge

Die Verbandsbeiträge werden zum Beginn eines jeden Haushaltsjahres fällig.

§ 41

Anordnungsbefugnis

Der Deichgräf kann auf der Satzung und sonstige Rechtsvorschriften beruhende Anordnungen, insbesondere zum Schutz des Verbandsunternehmens, erlassen. Die Verbandsmitglieder, die Eigentümer des Deichvorlandes und die aufgrund eines vom Eigentum abgeleiteten Nutzungsberechtigten haben diese Anordnungen zu befolgen.

§ 42**Zwangsvollstreckung**

(1) Die auf Gesetz oder Satzung beruhenden Forderungen der Deichschau können im Verwaltungsvollstreckungsverfahren (Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 13. Mai 1980 – GV.NW. S. 510/SGV. NW. 2010 – in der jeweils geltenden Fassung) beigetrieben werden.

(2) Vollstreckungsbehörde ist die Stadt- oder Gemeindekasse, in deren Gebiet die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden soll.

§ 43**Rechtsmittel**

Gegen Verwaltungsakte der Deichschau kann innerhalb eines Monats nach deren Bekanntgabe Klage erhoben werden.

Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Düsseldorf, Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf, schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Wird die Klage schriftlich erhoben, sind zwei Abschriften beizufügen.

Falls die Frist durch das Verschulden eines vom Kläger Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Kläger zugerechnet werden.

Durch die Erhebung der Rechtsmittel wird die Wirksamkeit des Verwaltungsaktes nicht gehemmt.

§ 44**Teilnahme an Sitzungen**

(1) Zu den Sitzungen des Erbentages und des Deichstuhles werden

1. die Bezirksregierung als Aufsichtsbehörde,
2. die Landwirtschaftskammer NRW,
3. der Landrat des Kreises Kleve

eingeladen. Sie erhalten Niederschriften über die Sitzungen und die Haushaltspläne. (2) Der Deichgräf kann ferner Sachverständige zu den Sitzungen einladen.

§ 45**Bekanntmachungen**

Bekanntmachungen an die Mitglieder erfolgen durch unmittelbare schriftliche Unterrichtung der Betroffenen. Für die Bekanntmachung von längeren Mitteilungen, umfangreichen Urkunden und Plänen genügt ein Hinweis auf den Ort, an dem Einsicht genommen werden kann.

Gleichzeitig ist die Auslegungsfrist, die mindestens 4 Wochen betragen muss, anzugeben.

Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen erfolgen in der Stadt Kleve, in den dort erscheinenden Tageszeitungen Rheinische Post und Neue Ruhr Zeitung.

§ 46**Öffentliche Bekanntmachungen**

(1) Die im Wasserverbandsgesetz vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen der Aufsichtsbehörde werden dadurch bewirkt, dass die Aufsichtsbehörde den vollständigen Wortlaut ihrer Mitteilung in ihrem amtlichen Veröffentlichungsblatt bekanntmacht. Außerdem veröffentlicht die Auf-

sichtsbehörde in der am Verbandssitz Kleve verbreiteten, auflagenstärksten Tageszeitung einen Hinweis auf den Gegenstand und die Fundstelle ihrer Bekanntmachung im amtlichen Veröffentlichungsblatt.

(2) Die Kosten der Bekanntmachung nach Abs. 1 trägt die Deichschau.

§ 47**Zustimmungspflichtige Geschäfte**

(1) Die Dächschen bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde

1. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen.
2. zur Aufnahme von Darlehen zur Finanzierung von Maßnahmen des Vermögenshaushaltes (mit der Vorlage des Haushaltsplanes), sofern der Betrag mehr als 50.000,00 Euro beträgt.
3. zur Übernahme von Bürgschaften, zu Verpflichtungen aus Gewährleistungsverträgen und zur Bestellung von Sicherheiten.
4. zu Rechtsgeschäften mit Vorstandsmitgliedern einschließlich der Vereinbarung von Vergütungen, soweit sie über den Ersatz von Aufwendungen hinausgehen.

(2) Die Zustimmung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem in Abs. 1 genannten Geschäft wirtschaftlich gleichkommen.

§ 48**Übergangsvorschriften**

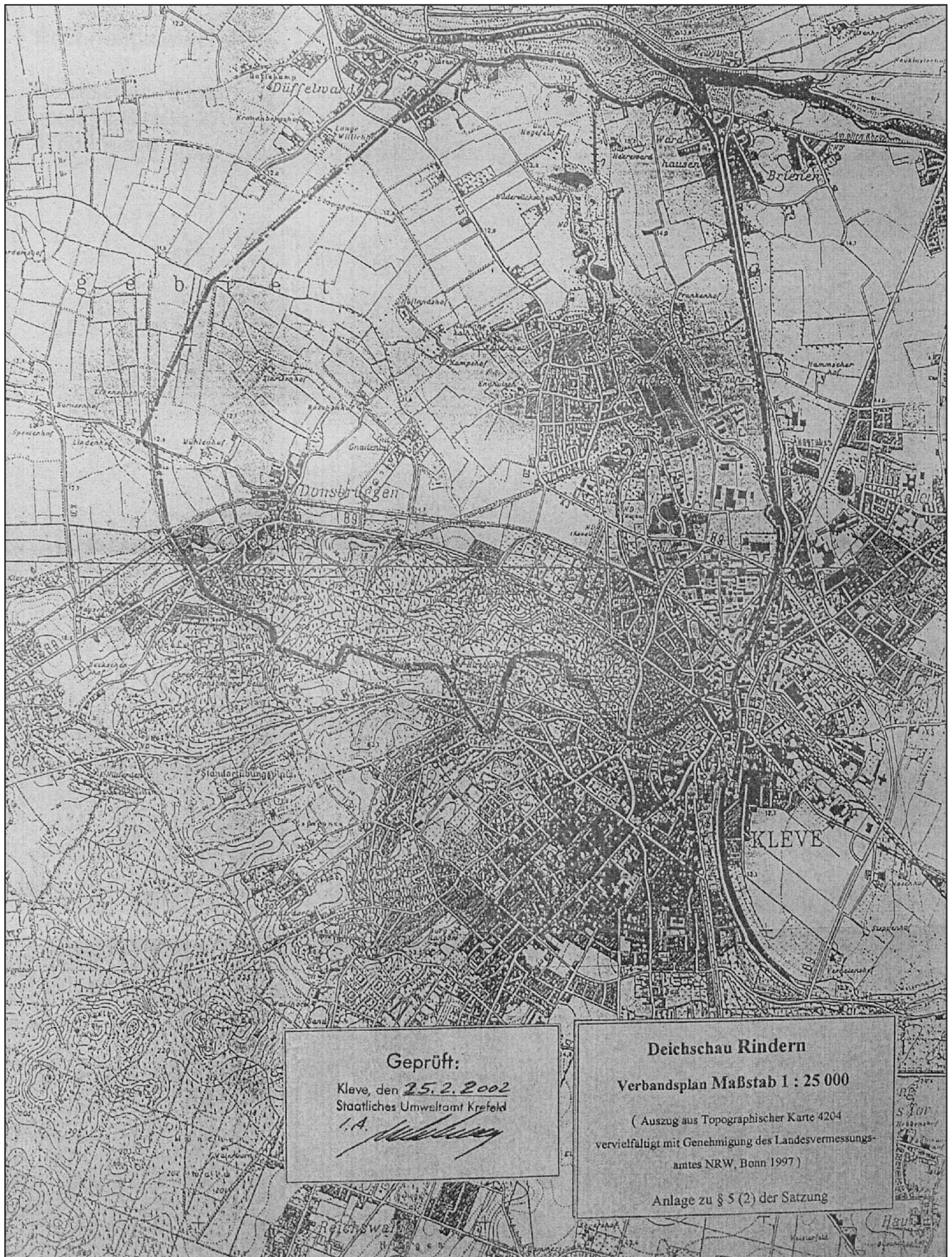
Die bisher gewählten Erbentags- und Deichstuhlmitglieder bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtszeit am 31.03.2012 im Amt.

§ 49**In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2011 in Kraft; gleichzeitig tritt die Satzung vom 21. Dezember 1994 einschließlich der dazu ergangenen Änderungen außer Kraft.

Im Auftrag

gez. Hasselberg



**135 Satzungsänderung
des Deichverbandes Bislich-Landesgrenze**

Bezirksregierung
54.04.01.01

Düsseldorf, den 10. März 2011

Aufgrund des § 58 Abs. 2 des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände vom 12.02.1991 (Wasserverbandsgesetz – WVG (BGBl. I S. 405)) genehmige ich die vom Erbentag des Deichverbandes Bislich-Landesgrenze am 09.03.2011 beschlossene Änderung der u.g. Paragraphen der Verbandssatzung vom 12.12.2006 (Abl. Reg. Ddf. 2006 S. 497), zuletzt geändert am 29.12.2010 (Abl. Reg.Ddf. 2011 S. 27) rückwirkend zum 01.01.2007 wie folgt:

§ 41 – Abnahme der Jahresrechnung/des Jahresabschlusses und Entlastung des Deichstuhls

Der Absatz 1 wird wie folgt geändert:

Der Deichstuhl legt die Jahresrechnung/den Jahresabschluss und den Prüfbericht mit dem Prüfvermerk der Prüfstelle dem Erbentag vor. Die Vorlage der Jahresrechnung/des Jahresabschlusses des Verbandes und des Prüfberichts erfolgt durch die Auslegung in der Geschäftsstelle zur Einsichtnahme.

§ 43 – Beitragsmaßstab

Der Absatz 1 Nr. 1 Buchstabe b) wird wie folgt geändert:

Unterhaltung von Deichen und Hochwasserschutzanlagen auf der Grundlage der ungekürzten Grundsteuermessbeträge und entsprechender Ersatzwerte.

Der Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b) wird wie folgt geändert:

Gewässerunterhaltung, im Verhältnis des Umfangs der Erschwerung, der Fläche und der Nutzung der Grundstücke.

Der Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe b) wird wie folgt geändert:

Betrieb, Unterhaltung und Abschreibung der Schöpfwerke, auf der Grundlage der ungekürzten Grundsteuermessbeträge und entsprechender Ersatzwerte.

§ 44 – Beiträge für Hochwasserschutzmaßnahmen

Der Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Beitragsmaßstab ist die Summe der ungekürzten Grundsteuermessbeträge und Ersatzwerte der Grundstücke und Anlagen im vor Hochwasser geschützten Verbandsgebiet.

Der Absatz 5 erhält folgende Fassung:

Für Grundstücke und Anlagen, für die vom Finanzamt kein Grundsteuermessbetrag festgesetzt ist oder die nur zum Teil bewertet sind, wird ein Ersatzwert nach den Richtlinien für die Einheitsbewertung (Bewertungsgesetz) vom Deichverband ermittelt und festgesetzt. Ist Grundbesitz nur zum Teil beitragspflichtig, findet eine Zerlegung statt; Satz 1 findet entsprechende Anwendung. Für die ermittelten Ersatzwerte gelten die für Einheitswerte getroffenen Regelungen sinngemäß.

§ 45 – Beiträge für Gewässerbaumaßnahmen

Der Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Die nach Absatz 1 ermittelten Aufwendungen sind im Verhältnis der Fläche und der Nutzung der Grundstücke einheitlich auf alle Einzugsgebiete der zu unterhaltenden Gewässer zu verteilen. Die bebauten und befestigten Flächen sind dabei höher zu bewerten. § 43 Absatz 5 der Satzung gilt entsprechend.

Die Absätze 3 und 4 werden ersatzlos gestrichen.

§ 46 – Beiträge für die Gewässerunterhaltung

Der Absatz 1 wird wie folgt geändert:

Der Beitragsbedarf für die Gewässerunterhaltung wird einheitlich für alle Einzugsgebiete der zu unterhaltenden Gewässer nach dem Umfang der Erschwerung vorab ermittelt und umgelegt auf:

- a) die Mitglieder, die die Unterhaltung über die bloße Beteiligung am natürlichen Abflussvorgang hinaus erschweren (Erschwerer),
- b) die dinglichen Mitglieder aller Einzugsgebiete der zu unterhaltenden Gewässer, im Verhältnis ihrer jeweiligen Flächen.

Der Absatz 3 wird wie folgt geändert:

Die nach Abzug des Beitragsaufkommens der Erschwerer verbleibenden Aufwendungen verteilen sich auf die dinglichen Mitglieder gemäß Absatz (1) Buchstabe b). Die bebauten und befestigten Flächen sind dabei höher zu bewerten. § 43 Absatz 5 der Satzung gilt entsprechend.

§ 47 – Beiträge für den Bau und Betrieb von Schöpfwerken:

Der Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Einheitlicher Beitragsmaßstab ist die Summe der ungekürzten Grundsteuermessbeträge und Ersatzwerte der Grundstücke und Anlagen aller Einzugsgebiete der zu unterhaltenden Gewässer.

Der Absatz 4 erhält folgende Fassung: § 44 Absätze 5 und 6 gelten entsprechend

§ 50 – Hebung der Verbandsbeiträge

Es wird folgender Absatz 5 eingefügt:

Soweit es für die Durchführung des Unternehmens und die Verwaltung des Verbandes erforderlich ist, kann der Deichstuhl Vorausleistungen nach dem voraussichtlichen Beitragsverhältnis festsetzen.

§ 62 – In-Kraft-Treten

Der Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Die Satzungsänderungen vom 19.12.2007 und vom 13.05.2008 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 23.05.2008, und im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster vom 23.05.2008), treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft mit Ausnahme des § 43 Abs. 1 Nr. 4 – Beitragsmaßstab –; dieser tritt rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft sowie § 52 – Rechtsmittelbelehrung – dieser tritt rückwirkend zum 01.11.2007 in Kraft. Die Satzungsänderung vom 26.10.2010, der §§ 44 und 47, tritt

rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft. Die Satzungsänderung vom 09.03.2011 der §§ 41, 43, 44, 45, 46, 47 und 50 tritt rückwirkend zum 01.01.2007 in Kraft.

Im Auftrag
gez. Nowak

Abl. Reg. Ddf. 2011 S. 129

**136 Öffentliche Bekanntmachung
gemäß § 3 a des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94)**

Bezirksregierung
54.06.02.02 – E – 013/11

Düsseldorf, den 14. März 2011

Der

Ruhrverband
Kronprinzenstraße 37
45128 Essen

beabsichtigt, auf den Grundstücken Gemarkung Steele, Flur 15, Flurstücke 107, 110 und 129, sowie Gemarkung Steele, Flur 16, Flurstück 185, eine Grundwasserabsenkung mittels mehrerer Schwerkraftbrunnen und offener Wasserhaltung zur Trockenhaltung von zwei Schachtbauwerken (S6, S9) im Zuge der Errichtung des Stauraumkanals Westfalenstraße vorzunehmen. Die Fördermenge beträgt hierbei insgesamt ca. 710.000 m³ Wasser. Das entnommene Grundwasser soll anschließend auf den Grundstücken Gemarkung Steele, Flur 15, Flurstück 107, und Gemarkung Steele, Flur 16, Flurstück 163, in die Ruhr bzw. in einen Stauraumkanal eingeleitet werden.

Für diese Vorhaben wurde die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 8 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) in der derzeit geltenden Fassung beantragt. Nach Ziffer 13.3.2 der Anlage 1 des UVPG ist für das Unternehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser mit einem jährlichen Volumen an Wasser von 100.000 m³ bis weniger als 10 Mio. m³ eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c Satz 1 UVPG durchzuführen.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c Satz 1 UVPG unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 des UVPG aufgeführten Kriterien hat im vorliegenden Fall ergeben, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Entsprechend § 3 a Satz 1 UVPG habe ich daher festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Diese Feststellung wird hiermit entsprechend § 3 a Satz 2 UVPG der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Sie ist nach § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez. Weiss

Abl. Reg. Ddf. 2011 S. 130

**137 Öffentliche Bekanntmachung
gemäß § 3 a des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94)**

Bezirksregierung
54.06.02.02 – WES – 017/11

Düsseldorf, den 14. März 2011

Die

Johann Borgers GmbH & Co. KG
Borgersstraße 2 – 10
46397 Bocholt

beabsichtigt, in der Zeit vom 31. Januar 2011 bis voraussichtlich zum 11. Februar 2011 auf dem Grundstück Gemarkung Dingden, Flur 12, Flurstück 477, mittels einer Vakuumfilteranlage und eines Schwerkrafttiefbrunnens eine Grundwasserabsenkung zur Trockenhaltung der Baugrube für die Sanierung eines Regenwasserkanals vorzunehmen. Die Fördermenge beträgt hierbei insgesamt ca. 40.000 m³ Wasser. Das entnommene Grundwasser soll anschließend in ein namenloses Gewässer auf dem Grundstück Gemarkung Dingden, Flur 12, Flurstück 123, eingeleitet werden.

Für diese Vorhaben wurde die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 8 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) in der derzeit geltenden Fassung beantragt. Nach Ziffer 13.3.3 der Anlage 1 des UVPG ist für das Unternehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser mit einem jährlichen Volumen an Wasser von 5.000 m³ bis weniger als 100.000 m³ eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c Satz 2 UVPG durchzuführen, wenn durch die Gewässerbenutzung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind.

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c Satz 2 UVPG unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 des UVPG aufgeführten Kriterien hat im vorliegenden Fall ergeben, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Entsprechend § 3 a Satz 1 UVPG habe ich daher festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Diese Feststellung wird hiermit entsprechend § 3 a Satz 2 UVPG der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Sie ist nach § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez. Weiss

Abl. Reg. Ddf. 2011 S. 130

C.
**Rechtsvorschriften
und Bekanntmachungen anderer
Behörden und Dienststellen**

138 Verlust eines Dienstausweises

(Raimund Dockter)

Polizeipräsidium Düsseldorf
26.04.01/ DA

Düsseldorf, den 15. März 2011

Der Dienstausweis Nr. 1164538, ausgestellt am 16.02.2011 für Raimund Dockter ist in Verlust geraten. Der Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 2011 S. 131

**139 Ungültigkeitserklärung
eines Polizei-Dienstausweises**

(POK'in Sabine Lui)

Polizeipräsidium Essen
Dez. 2.1- 42.01

Essen, den 11. März 2011

Der Polizeidienstausweis Nr.: 0209487, ausgestellt am 09.09.2009 durch die LZPD NRW für POK'in Sabine Lui, wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 2011 S. 131

**140 Bekanntgabe über die Tagesordnung
der 6. Sitzung der Verbandsversammlung
des Regionalverband Ruhr**

Regionalverband Ruhr

Die 6. Sitzung der Verbandsversammlung findet am

**Montag, 04. April 2011 – 10:00 Uhr –
im Robert-Schmidt-Saal**

Kronprinzenstraße 35 / Erdgeschoss, 45128 Essen
statt.

Tagesordnung

1. Angelegenheiten nach RVR-Gesetz
- 1.1 Wahl des Regionaldirektors bzw. der Regionaldirektorin des Regionalverbandes Ruhr
- 1.2 Wahl des Bereichsleiters III Planung des Regionalverbandes Ruhr
- 1.3 Wiederwahl von Herrn Ulrich Carow als Bereichsleiter IV Umwelt
- 1.4 Ersatzwahl eines beratenden Mitgliedes der Verbandsversammlung
- 1.5 Wechsel in den Ausschüssen
- 1.6 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2008, Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und Entlastung des Regionaldirektors des RVR für das Haushaltsjahr 2008

- 1.7 Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2008
- 1.8 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009, Feststellung des Jahresabschlusses 2009 und Entlastung des Regionaldirektors des RVR für das Haushaltsjahr 2009
- 1.9 Beschluss über die Behandlung des Jahresfehlbetrages 2009
- 1.10 Bestellung einer Prüferin im Referat Rechnungsprüfung
- 1.11 Verabschiedung der Haushaltssatzung 2011 – Änderungsliste für den Haushalt 2011 des RVR
- 1.11.1 Strategische Haushaltskonsolidierung 2012 - 2015 Antrag der FDP-Fraktion
- 1.12 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung RVR Ruhr Grün Jahresbericht 2010
- 1.13 Feststellung des Wirtschaftsplanes der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung RVR Ruhr Grün für das Jahr 2011
- 1.14 Angelegenheiten der Ruhr Tourismus GmbH (RTG) – Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Landeswettbewerbs auf Grund des Ziel 2-Programms Erlebnis.NRW
- 1.15 Geonetzwerk Metropole Ruhr – Geodatenkooperation –
- 1.16 Änderung des RVR-Gesetzes Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 14.03.2011
- 1.17 Anfragen und Mitteilungen
2. Angelegenheiten nach Landesplanungsgesetz
- 2.1 Kunst- und Kulturförderung
- 2.2 Förderprogramm für den kommunalen Straßen- und Radwegebau 2011 und Rückblick auf 2010
- 2.3 Förderprogramm für den kommunalen Sonder-Radwegebau 2011 (Radverkehrsförderung) und Rückblick auf 2010
- 2.4 Naturschutz und Landschaftspflege; Rückblick auf 2010
- 2.5 Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten; Rückblick auf 2010
- 2.6 Jahresbericht 2010 zur ländlichen Entwicklung und Bodenordnung
- 2.7 Städtebauförderung hier: Aufstellung des Stadterneuerungsprogramms 2011
- 2.8 Der Weg zum neuen Regionalplan Ruhr
- 2.9 7. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Münster (Teilabschnitt Emscher-Lippe) Kraftwerksstandort in der Stadt Datteln – Sachstandsbericht –
- 2.10 64. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Dinslaken und der Gemeinde Hünxe (Umnutzung der Zeche und der Bergehalde Lohberg zu Siedlungs- und Ereiraumbereichen)

- 2.11 Raumordnungsverfahren für 110-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung der Firma Amp-
rion von Dortmund-Kruckel nach Dauers-
berg (Rhld.-Pfalz)
- 2.12 Anfragen und Mitteilungen

Essen, den 16. März 2011

Horst Schiereck
Vorsitzender der
Verbandsversammlung

Abl. Reg. Ddf. 2011 S. 131



Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung Düsseldorf – Amtsblattstelle – Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf, zu richten.

Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich.

Redaktionsschluss: Freitag, 10.00 Uhr

Laufender Bezug nur im Abonnement. Abonnementsbestellungen und -abbestellungen können für den folgenden Abonnementszeitraum – 1. 1. bis 30. 6. und 1. 7. bis 31. 12. – nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens am 30. November bzw. 31. Mai der ABO-Verwaltung von A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf, Fax (02 11) 96 82/229, Telefon (02 11) 9 68 22 41, vorliegen.

Bei jedem Schriftwechsel die auf dem Adressenetikett in der Mitte obenstehende sechsstelligen Kundennummer angeben, bei Adressenänderung das Adressenetikett mit berechtigter Adresse an die ABO-Verwaltung von A. Bagel zurücksenden.

Bezugspreis: Der Bezugspreis beträgt halbjährlich 12,- Euro und wird im Namen und für Rechnung der Bezirksregierung von A. Bagel im Voraus erhoben.

Einrückungsgebühren für die 2spaltige Zeile oder deren Raum 0,92 Euro.

Einzelpreis dieser Ausgabe 1,60 Euro zzgl. Versandkosten.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelstücke werden durch A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf,

Fax (02 11) 96 82/2 29, Telefon (02 11) 9 68 22 41, geliefert. Von Vorabsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung.

Herausgeber: Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Internet: www.bezreg-duesseldorf.nrw.de

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach